

Die Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration



HOCHTAUNUSKREIS

BESCHLUSSPROTOKOLL

der 16. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration
des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Mittwoch, den 05.12.2018, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 18:03 Uhr bis 18:46 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzende

Kerstin Giger

CDU

Alexandra Argyrakis-Macha
Agnes Gerecht
Alexander Jackson
Sebastian Sommer

SPD

Rosi Gottschalk
Astrid Schatta
Dr. Nico Sturm

GRÜNE

Laura Burkart-Gorißen
Christina Herr

FDP

Dagmar Reuter
Ulrike Schmidt-Fleischer

AfD

Wolfgang Strubel
Dr. Ileana Aura Vogel

FWG

Karin Birk-Lemper

parteilos

Michael Beyerbach
Andreas Moses
Kim-Philipp Nowak

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
Uwe Kraft
Katrín Hechler
Dr. Dagmar Charrier
Andrea Pfäfflin
Bert Worbs

Schriftführerin

Nina Huwig

Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter/innen

Jürgen Banzer

Verwaltung

Egon Bank
Monika Degen
Robert Dinges
Thomas Feisel
Uwe Fink
Michael Frauenstein
Monika Gies
Steffen Göring
Nina Haibach
Dr. Silke Heil
Reinhard Hentzel-Wagner
Rainer Keller
Andreas Knoche
Dr. Birgit Lindenthal
Walter Miot
Andreas Moskwa
Andrea Nagell
Heinz Rahn
Michelle Resch
Peter Rinker
Thorsten Sauer
Swaantje Stelling
Doris Stierwald
Annette Volk
Anja Wilcke

Oberurseler Werkstätten

Oberurseler Werkstätten

B. Eröffnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger eröffnet die 16. Sitzung des Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration in der XI. Wahlzeit. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
1.	Mitteilungen	

Herr Landrat Ulrich Krebs berichtet von der ersten Veranstaltung zum Kreisentwicklungskonzept „Hochtaunus 2030 +“ die gestern im Landratsamt stattgefunden hat und zieht eine positive Resonanz aus der Veranstaltung, die auf großes Interesse gestoßen ist. Er ermuntert die Ausschussmitglieder sich ebenfalls an diesem Prozess zu beteiligen und weist auf die zweite Veranstaltung am Montag, 10.12.2018 um 19:00 Uhr, in der Aula der Adolf-Reichwein-Schule in Neu-Anspach hin.

Die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger teilt mit, dass Herr Beyerbach aus der AfD-Kreistagsfraktion ausgeschlossen wurde und nun als beratendes Mitglied an den Ausschusssitzungen teilnimmt.

2. **Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019, Entwurf des Wirtschaftsplanes der Oberurseler Werkstätten für das Wirtschaftsjahr 2019**

Die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger unterrichtet die Ausschussmitglieder, dass der Jugendhilfeausschuss den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ beschlossen hat und dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration ebenfalls die Beschlussfassung empfiehlt.

Zur Beratung des Wirtschaftsplanes der Oberurseler Werkstätten für Menschen mit Behinderung teilt sie weiter mit, dass die Betriebskommission der Oberurseler Werkstätten den Wirtschaftsplan beraten und beschlossen hat.

Die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger eröffnet die Haushaltsberatungen und informiert, dass der Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration nicht über Änderungsanträge zum Haushalt beschließen kann, sondern Änderungsanträge an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung weiterleitet.

Sie schlägt vor, die Produktbereiche 05, 06 und 07 sowie den Wirtschaftsplan der Oberurseler Werkstätten zu beraten. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Wirtschaftsplan der Oberurseler Werkstätten wird zuerst zur Aussprache gestellt. Es besteht kein Beratungsbedarf.

Es wurden folgende Änderungsanträge der AfD-Kreistagsfraktion eingereicht, die im Haupt- und Finanzausschuss beraten und beschlossen werden sollen:

Stellenplan, Teilhaushalt 050301 (Leistungen gemäß Asylbewerbergesetz)

**2018/0683/KT/3
Umbesetzung von zwei Stellen zur Rückführung für Asylbewerber**

Im Stellenplan (Teilhaushalt 050301) sind zwei Stellen dahingehend umzubesetzen, um Asylbewerber über die Möglichkeiten der Rückführung in ihre Heimatländer zu informieren.

Stellenplan, 050203 „Kommunales Jobcenter Hochtaunus“

2018/0683/KT/6

Stellenzahl im „Kommunalen Jobcenter Hochtaunus“

Im Stellenplan (050203) „Kommunales Jobcenter Hochtaunus“ wird die Stellenzahl auf Basis der Planungen für das Jahr 2018 unverändert auf 126,28 Planstellen beibehalten.

Frau Herr begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE:

Produkt 0503 Leistungen gemäß Asylbewerbergesetz

2018/0683/KT/20

Verbesserungen Unterbringung Asylbewerber

„Der Kreistag hat beschlossen, sich bei der Unterbringung von Asylbewerbern an den Empfehlungen der Träger der freien Wohlfahrtspflege zu orientieren.

Der geplante Überschuss wird teilweise dazu verwendet, in einzelnen Unterkünften eine Verbesserung der Unterbringung im Sinne der Empfehlungen vorzunehmen.

Hierfür sind Ausgaben in Höhe von 500.000 Euro vorzusehen, die mit einem Sperrvermerk „Freigabe der Mittel durch den Finanzausschuss“ versehen werden.

Dem Ausschuss ist eine Liste der geplanten Maßnahmen zu Verbesserung der Unterbringung vorzulegen.“

Frau Herr stellt die grundsätzliche Frage, wie der Kreisausschuss die Situation der Unterbringung sieht und welche Probleme bestehen.

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler erläutert, dass sich die Situation bei der Unterbringung von Asylbewerbern im letzten halben Jahr nicht verändert hat.

Von den derzeit rund 8000 im Hochtaunuskreis lebenden Asylbewerbern befinden sich 1400 Asylbewerber noch im laufenden Verfahren. Nach und nach ist die Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte geplant. Dies ist aber schwierig, da von vielen der anerkannten Asylbewerber kein Wohnraum gefunden wird. Die Wohnraumfrage ist nach wie vor das drängendste Problem bei der Unterbringung der Asylbewerber.

Weiterhin teilt Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler mit, dass bei dem Produkt 0503 – Hilfen für Asylbewerber - kein Überschuss besteht. Frau Haibach, Leiterin des Fachbereichs Finanzservice und Einkauf, erläutert, dass ein Großteil der Kosten, aufgrund des Leistungsanspruchs der Asylsuchenden, ins SGB II verlagert wurde. Der Zuschussbedarf im SGB II umfasst 6 Millionen Euro im Jahr 2019. In den Jahren 2016-2018 hat der Bereich Asyl ein Defizit von 8,9 Millionen Euro erwirtschaftet. Insofern dient der Überschuss des Jahres 2019 der Kompensation dieses Defizits.

Daraufhin konkretisiert Frau Herr den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE:

„Es soll eine Liste geben, woran es in den Unterkünften mangelt und es obliegt dem Haupt- und Finanzausschuss die Gelder frei zu geben.“

Herr Sommer weist darauf hin, dass bei dem Produkt kein Plus erwirtschaftet wird und in der Vergangenheit enorme Summen für die Einrichtung und Ausstattung der Asylbewerberunterkünfte

te investiert wurden, so dass das eher als eine Mischkalkulation gesehen werden kann. Aus diesem Grund kann dieser Antrag nicht unterstützt werden.

Herr Landrat Ulrich Krebs, Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler und Frau Haibach beantworten die weiteren Fragen der Ausschussmitglieder.

Nachdem alle Fragen beantwortet sind, schließt die Ausschussvorsitzende Kerstin Giger die Aussprache.

3. Jahresbericht 2017 der Betreuungsbehörde 2018/0662/KA

Die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger eröffnet die Aussprache.

Frau Gies von der Betreuungsbehörde des Hochtaunuskreises beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Strubel möchte wissen, wer die 38% Berufsbetreuer (Punkt 3.1.3 im Jahresbericht 2017 der Betreuungsbehörde) sind und ob sich die Betreuer in den Schulungen aus kommerziellen und privaten Betreuern, wie Nachbarn und Familienangehörige zusammensetzen? Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler sagt zu, diese Übersichten dem Protokoll als Anlage I (beruflich tätige Betreuer) und Anlage II (Vergütungstabelle für Berufsbetreuer) beizufügen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen stellt die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger fest, dass der Jahresbericht der Betreuungsbehörde 2017 zur Kenntnis genommen wird.

4. Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE 2018/0540/KT/3
Vereinfachung der Verfahren im Bereich der Kindertagespflege
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen 2018/0540/KT/2

Frau Herr begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.
 Sie schlägt vor, ihn dahingehend zu ändern, dass der letzte Absatz ersatzlos gestrichen wird.

Weiterhin signalisiert Frau Herr, dass die Kreistagsfraktion GRÜNE dem Änderungsantrag der CDU/SPD Kreistagsfraktionen zustimmen würde, wenn im ersten Absatz der Passus „mit einer Pauschalierung der Gebühren“ eingefügt wird. Weiterhin soll geändert werden, dass erst zum Sommer 2020 statt Sommer 2019 ein erster Bericht über die Auswirkungen und Auslastungen der Tagespflegepersonen vorgelegt werden soll.

Herr Sommer teilt mit, mittlerweile in mehreren Berichten von Seiten der Kreisspitze zugesagt worden ist, die geforderten Punkte in die neue Satzung aufzunehmen. Darüber hinaus sind die nächsten Treffen für Gespräche mit den Tagespflegepersonen terminiert, so dass auch die Einbindung der Tagespflegepersonen sichergestellt ist. Aus diesen Gründen werden die Vorschläge von Frau Herr nicht aufgenommen und der folgende Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen zurückgezogen:

2018/0540/KT/2

Der Kreisausschuss wird gebeten, eine Satzungsänderung für den Bereich der Kindertagespflege auf Grundlage des Berichtes vorzulegen. Die Satzungsänderung sowie mögliche haushaltsrechtliche Auswirkungen sollen den zuständigen Gremien in der nächsten Sitzungsrunde und damit vor den Haushaltsberatungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Darüber hinaus wird der Kreisausschuss gebeten, zum Sommer 2019 einen ersten Bericht über die Auswirkungen und Auslastungen der Tagespflegepersonen vorzulegen.

Herr Sommer empfiehlt der Kreistagsfraktion GRÜNE unter diesen Gesichtspunkten ihren Antrag ebenfalls zurückzuziehen.

Frau Herr bekräftigt daraufhin den modifizierten Antrag aufrecht erhalten zu wollen.

Daraufhin lässt die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger über den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE abstimmen:

2018/0540/KT/3

Abstimmungsergebnis:

Ja: GRÜNE (2), FDP (2)
 Nein: CDU (4), SPD (3), AfD (2), FWG (1)
 Enthaltung: CDU (1)

abgelehnter Beschluss:

„Der Kreisausschuss wird gebeten, eine Satzungsänderung für den Bereich der Kindertagespflege vorzulegen, die folgende Änderungen vorsieht:

1. Pauschalierung der Abrechnung anhand des Betreuungsvertrages
2. Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes für die Verwaltung des Hochtaunuskreises, für die Tagesmütter und Tagesväter, sowie für die Eltern.

Die Satzungsänderung soll mit den beteiligten Tagespflegepersonen abgestimmt werden, deren Erfahrungen und Vorschläge sollen in einem Anhörungsverfahren diskutiert und gegebenenfalls berücksichtigt werden.

5. **Antrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen** **2018/0536/KT/3**
Online-Plattform für Hebammen
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE

In Erledigung des Kreistagsbeschlusses wird der Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.

6. **Verschiedenes**

./.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen teilt die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration am 13.03.2019 stattfindet. Sie dankt allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. Kerstin Giger
 Vorsitzende

gez. Nina Huwig
 Schriftführerin

